



René Bochmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss
AfD-Bundestagsfraktion



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen



7. Parlamentarischer Infobrief

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die ersten Folgen der einrichtungsbezogenen Corona-Impfpflicht werden nun sichtbar: Bis zu 75.000 ungeimpften Beschäftigten droht in Sachsen praktisch ein Berufsverbot! Angesichts der bereits jetzt mangelhaften

medizinischen Versorgung der Bürger wäre es auch in Nordsachsen völlig unverantwortlich, diese Lage durch eine Aufrechterhaltung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht weiter zu verschärfen.

Hinzu kommt, dass der behauptete Fremdschutz der Corona-Impfung nachweislich nicht gegeben ist. Teils erhebliche Nebenwirkungen, wie Herzmuskelentzündungen, Herzbeutelentzündungen und Lähmungserscheinungen, stellen den Nutzen der Corona-Impfung ebenfalls in Frage. **Angesichts der somit erheblichen Mängel der einrichtungsbezogenen Impfpflicht hatte die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag für den 25.4.22 ein Sonderplenum zum Thema durchgesetzt.** Im dort vorgestellten Antrag [„Impffreiheit für alle! Höchste Priorität für die Gesundheit!“](#) fordern wir die Sächsische Staatsregierung auf, sich umgehend auf Bundesebene für die Aufhebung der einrichtungsbezogenen COVID-Impfpflicht nach § 20a IfSG einzusetzen und bis zur **Abschaffung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht** die Möglichkeiten gegenüber den kommunalen Gesundheitsämtern zu nutzen, keine Betretungsverbote auszusprechen. Unsere Fraktion fordert zudem eine sächsische Initiative gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Bundesrat. [Hier können Sie die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden, Herrn Urban, zum Antrag gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht einsehen.](#) In der anschließenden namentlichen Abstimmung lehnten die Abgeordneten aller anderen Fraktionen unseren Antrag leider ab! Angesichts der offensichtlichen Widersprüche der einrichtungsbezogenen Impfpflicht bleibt das auch für viele Bürger unverständlich!

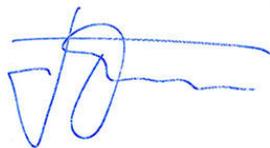
Doch nicht nur im Sächsischen Landtag, auch im Deutschen Bundestag engagiert sich die AfD durch Anträge und Anfragen gegen die Corona-Impfpflicht. So habe ich, René Bochmann, die Bundesregierung gefragt, wie viele der von § 28b des Infektionsschutzgesetzes betroffenen Beschäftigten sich im Zuge der einrichtungsbezogenen Impfpflicht bis heute arbeitsuchend gemeldet oder den Beruf gewechselt haben. Nähere Informationen zu dieser Kleinen Anfrage finden Sie ebenfalls untenstehend. **Sehr erfreulich bleibt, dass es der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag am 7.4.22 gelang, die Einführung einer Corona-Impfpflicht ab dem Alter von 60 Jahren per Abstimmung zu verhindern.**

Dies bestätigt uns erneut in unserem politischen Handeln. Denn die Gesundheit der Bürger und die medizinische Versorgungssicherheit müssen bei jeder Debatte über eine Impfpflicht an erster Stelle stehen!

Untenstehend finden Sie weitere für unseren Landkreis Nordsachsen

interessante Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen – darunter auch eine Pressemitteilung zu einer lesenswerten Anfrage zu den Corona-Toten in Nordsachsen. Für Rückfragen und Anregungen stehen wir Ihnen wie gewohnt gerne zur Verfügung!

Mit besten Grüßen



Gudrun Petzold
Mitglied im Sächsischen Landtag
Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



René Bochmann
Mitglied des Deutschen Bundestags
Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Aus dem Landtag

Anfragen und Anträge



- Kleine Anfrage „Anträge auf Entschädigung wegen Impfschäden“

aufgrund einer Corona-Schutzimpfung bis 31. März 2022": Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete André Wendt hat hier die Staatsregierung nach der Zahl der Anträge auf Entschädigung nach einer Corona-Impfung in Sachsen gefragt. Demnach wurden bis zum 31.3.22 176 Entschädigungsanträge gestellt. Lediglich in neun Fällen wurden die Impfschäden anerkannt! [Lesen Sie hier die vollständige Anfragebeantwortung.](#)

- **Kleine Anfrage „Benachteiligungen und Anfeindungen russischer, ukrainischer oder russischsprachiger Bürger“:** Hier fragt Frau Petzold die Staatsregierung nach der Situation russischer, ukrainischer oder russischsprachiger Bürger in Sachsen angesichts der Ukraine-Kriegs. Die Antwort der Staatsregierung fällt jedoch – trotz medial bekannter Vorfälle der Diskriminierung von russischstämmigen Bürgern – sehr sparsam aus. Frau Petzold wird hier weiterhin kritisch nachfragen! [Die Anfragebeantwortung finden Sie hier.](#)
- **Antrag „Flächenfraß stoppen, Ökologie bewahren und Ernährungssicherheit gewährleisten – Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Einklang mit betroffenen Menschen und Natur sinnvoll begrenzen“:** In diesem Antrag fordert die AfD-Fraktion die Landesregierung auf, sich für eine Begrenzung des Ausbaus von Photovoltaik-Anlagen in Sachsen einzusetzen. Denn der Flächenverlust durch unnötige Solaranlagen nimmt zu und gefährdet perspektivisch unsere landwirtschaftliche Versorgungssicherheit! Hinzu kommt: Durch Photovoltaik kann unser Energieproblem – aufgrund von Speicher- und Produktionsmängeln – nicht gelöst werden. [Den vollständigen Antrag können Sie hier einsehen.](#)
- **Antrag „Finanziell schwache Kommunen unterstützen – Härtefallregelung für die Förderung zur Verbesserung der Infrastruktur im Bereich Kita und Schule verankern“:** Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag fordert hier die Landesregierung auf, finanziell schwache Kommunen bei der Errichtung und Sanierung von Schulen und Kitas zu unterstützen. Dies kann beispielsweise durch die Einführung einer Härtefallregelung, Entbürokratisierung der Förderstruktur oder finanzielle Unterstützung geschehen. [Lesen Sie hier den ganzen Antrag!](#)
- **Antrag „Den sächsischen Kohleausstieg überdenken, Strukturwandel überprüfen, Energiesicherheit herstellen“:** Die Staatsregierung sollte Ihr Konzept hinsichtlich des Strukturwandels in Sachsen grundlegend überarbeiten. Ein Kohleausstieg vor 2038 ist aus Gründen der nationalen Energiesicherheit nicht realisierbar. Zudem sollten – im Sinne der Bürger – die sächsischen Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern stärker in die Verteilungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. [Hier finden Sie den](#)

Pressemitteilungen



AfD setzt Sonderplenium durch: Einrichtungsbezogene Impfpflicht endlich abschaffen!

26.4.22

Die Staatsregierung kann keine Auswertungen zu Zusammenhängen zwischen Corona-Todesfällen und Corona-Impfungen in Nordsachsen vorlegen. Das geht aus einer Antwort auf eine [Kleine Anfrage](#) der nordsächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Gudrun Petzold hervor. [Hier finden Sie die zugehörige Pressemitteilung!](#)

Kinderrechte, Selbstbestimmungsgesetz, Abtreibungs-Werbung: Hände weg von der Familie!

Diese Pressemitteilung wurde der regionalen Presse zur Verfügung gestellt und von dieser nicht veröffentlicht!

7.4.22

Der Landkreis Nordsachsen sucht derzeit dringend Pflegefamilien zur Bereitschaftspflege für Kinder aus zerrütteten Familien. Diese Fälle von Kindeswohlgefährdung in Nordsachsen sind zutiefst bedrückend! [Lesen Sie hier Frau Petzolds Pressemitteilung dazu.](#)

AfD wirkt: Jetzt muss auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht fallen!

Diese Pressemitteilung wurde der regionalen Presse zur Verfügung gestellt und von dieser nicht veröffentlicht!

13.4.22

247 Einrichtungen haben in Nordsachsen seit der Einführung der einrichtungsbezogenen Corona-Impfpflicht Beschäftigte gemeldet, berichtet die „Torgauer Zeitung“ vom 8.4.22. [Hier können Sie die Pressemitteilung zum Thema einsehen.](#)



AfD-Anfrage: 98 Gaskraftwerke in Sachsen und massiver Ausbau geplant

In Sachsen arbeiten aktuell 98 Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von 926 MW. Laut einer [Anfrage](#) des parlamentarischen Geschäftsführers der AfD-Fraktion Sachsen, Herrn Zwerg, werden derzeit 14 weitere gebaut oder mit einer Leistung von insgesamt 1.860 MW geplant. [Lesen Sie hier die Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag dazu.](#)



Aus dem Bundestag



Anfragen und Anträge



Innerhalb des Bundestages arbeitet Herr Bochmann als ordentliches Mitglied im Ausschuss für „Digitalisierung und Verkehr“ und als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss „Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen“. Im Ausschuss „Digitalisierung und Verkehr“ vertritt er die AfD-Bundestagsfraktion als schiffahrtspolitischer Sprecher.

Sein Berater und wissenschaftlicher Mitarbeiter ist Andreas Mrosek, der selbst von 2017 bis 2021 Bundestagsabgeordneter war. Mrosek hat das Kapitänspatent für große Fahrt und fuhr viele Jahre zur See. Innerhalb kürzester Zeit stellte Herr Bochmann 30 Kleine Anfragen an die Bundesregierung, viele im Bereich der See- und Hafenwirtschaft. Ihn interessierten aber auch Ausfälle von Fährverbindungen auf der Elbe, der Hafen Torgau, die Reaktivierung der Heidebahn u.v.m.. Hier finden Sie eine Auswahl seiner Anfragen:

- **Kleine Anfrage „Personalmangel durch Einführung der Impfpflicht im Gesundheitswesen“:** Herr Bochmann fragte die Bundesregierung, wie viele Menschen, die 2021 beruflich in den von der im § 28b des Infektionsschutzgesetzes geregelten einrichtungsbezogenen Impfpflicht betroffenen Einrichtungen tätig waren, sich bis heute arbeitsuchend gemeldet oder den Beruf gewechselt haben. Als Antwort bekam Herr Bochmann: „Im Zeitraum von Dezember 2021 bis Februar 2022 meldeten sich insgesamt rund 96 000 Personen aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Wirtschaftsabschnitt Q ‚Gesundheits- und Sozialwesen‘ der WZ 2008 arbeitsuchend“. Zur Frage, ob man einen Zusammenhang zwischen der beschlossenen Impfpflicht für Berufstätige in Pflegeberufen und einem möglichen Rückgang der

Zahl der dort Beschäftigten sehe, konnte die Bundesregierung keine Aussage treffen. [Lesen Sie hier die komplette Anfragebeantwortung.](#)

- **Kleine Anfrage „Risiken für deutsche Seegebiete durch brennende Autotransporter“:** Hier wollte Herr Bochmann wissen, wie das Havariekommando in deutschen Seegebieten nach einem Brand des gesunkenen Autotransporters „Felicity Ace“ bei den Azoren vorbereitet ist. An Bord sollen sich sehr viele Elektroautos befunden haben, die mit Lithiumionen-Batterien betrieben wurden. Seit 2002 gab es acht größere Zwischenfälle auf Autotransportern, im Durchschnitt alle zweieinhalb Jahre einen. Laut der Antwort der Bundesregierung hat das Havariekommando seit seiner Einrichtung am 1.1.2003 erfolgreich eine Vielzahl maritimer Brandlagen in Nord- und Ostsee bewältigt. Genau das sieht Herr Bochmann kritisch, da es in der Vergangenheit immer wieder Probleme bei der Beseitigung von Havarien durch das Havariekommando gab. Gerade beim Transport von E-Autos sind Autotransporter, egal welcher Größe, bei einem Brand besonders gefährdet. [Hier finden Sie die Anfragebeantwortung dazu.](#)
- **Kleine Anfrage „Aktuelle Zustandsbewertung von Autobahnbrücken“:** Auch diese Kleine Anfrage ist von Interesse: Am 7. Januar 2022 informierte die Autobahn GmbH darüber, dass die Talbrücke Rahmede auf der A45 gesprengt werden müsse. Der Zustand der Autobahnbrücken in Deutschland ist sehr schlecht. Wenig später teilte die Geschäftsführung der Autobahn GmbH mit, dass von einer Verdopplung der Anzahl der zu erneuernden Brücken pro Jahr auszugehen ist. Demnach sollten jährlich 400 statt 200 Brücken saniert werden. Die Antwort der Bundesregierung ist auf die vorliegende Anfrage dürftig, denn es wurden niemals 200 Brücken pro Jahr im Durchschnitt saniert. 2018: 205 Brücken-Teilbauwerke, 2019: 162 Brücken-Teilbauwerke, 2020: 58 Brücken-Teilbauwerke, 2021: 122 Brücken-Teilbauwerke. Herr Bochmann wird die Projekte genau verfolgen. [An dieser Stelle finden Sie die entsprechende Anfragebeantwortung.](#)
- **Antrag „Einrichtungsbezogene Impfpflicht gegen COVID-19 aufheben“:** Auch die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag spricht sich mit Nachdruck gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht aus. In diesem aktuellen Antrag wird festgestellt, dass die Wirkung der Corona-Impfung weit geringer als angenommen ist. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ist auch eine einrichtungsbezogene Impfpflicht deshalb abzulehnen. [Hier geht es zum kompletten Antrag.](#)

Pressemitteilungen

Regierungsparteien brechen erneut ihre Wahlversprechen!

Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellten Ländern eingeschränkt, die Kontrolle über den endgültigen Verbleib der Waffen ausgedehnt und absolute Ausnahmen nur im begründeten Einzelfall möglich sein werden – öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden.

Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen

Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und Kriegsgebiete verbieten sich.

Wir wollen ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen, das verbindlich vorgibt, wie wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen, das verbindlich vorgibt, wie wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen und für eine wirksame Endverbleibskontrolle sorgen.

Wir wollen deshalb, dass Deutschland und Europa starke Impulsgeber sind, um die Instrumente von Abrüstung und Rüstungskontrolle für das 21. Jahrhundert zu erneuern und neu zu denken.



Die AfD lehnt **Waffen-Exporte** in Kriegsgebiete ab!

René Bochmann



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Wortbruch der Bundesregierung bei Waffenexporten

Am 26. April 2022 titelte die Zeitung Welt: „Ampel-Koalition will Waffenlieferungen beschleunigen“. Dass diese lautstarken Forderungen das Gegenteil dessen sind, was den Wahlprogrammen dieser Parteien zu entnehmen ist, soll möglichst unter den Tisch fallen – die Mainstreampresse erweist sich dafür erneut als eifriger Helfer. [Hier finden Sie die vollständige Pressemitteilung.](#)

Deutschland 2022: Verängstigte Bürger – doch Patriotische Netzwerke helfen

Dass es um die Meinungsäußerung in Deutschland schlecht bestellt ist, merken viele Bürger tagtäglich am eigenen Leib, wenn sie ihre Meinung nicht vollumfänglich kund tun dürfen, oder wegen ihrer Ansichten diffamiert werden. Bereits vor drei Jahren war dies dem Fokus zu entnehmen: „»In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden« – dieser Aussage stimmten in der kürzlich veröffentlichten Shell-Jugendstudie 68 Prozent der 2572 Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 12 und 25 Jahren zu.“ [Lesen Sie hier die komplette Pressemitteilung.](#)

Gleichheitsgrundsatz wiederherstellen: Einrichtungsbezogene Impfpflicht sofort abschaffen!

Seit Anbeginn der Diskussionen in Deutschland rund um die Einführung einer Impfpflicht – sektoral oder allgemein – habe ich mich als Ihr Vertreter in der Berliner Politik und als Privatperson gegen eine solche ausgesprochen (Dies können sie auf meiner Internetseite, Facebook und Telegram nachlesen). Das Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie die Freiheit, über medizinische Eingriffe persönlich zu urteilen, stehen dabei an erster Stelle. [Hier geht es zur vollständigen Pressemitteilung.](#)



Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

Facebook-Seite Gudrun Petzold

Website Gudrun Petzold

Facebook-Seite René Bochmann

Website René Bochmann

Impressum / V.i.S.d.P.:

Gudrun Petzold, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

René Bochmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sie erreichen uns unter:

E-Mail MdL: gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Telefon: 0351 493 4276

E-Mail MdB: rene.bochmann.mdb@bundestag.de

Telefon: 030 227 75571